

REDE 1. MAI 2019

Biel, 1. Mai 2019

Daniel Lampart, Sekretariatsleiter SGB

Mehr Lohn und Rente: Damit der Wohlstand bei denen ankommen, die ihn schaffen

In der Schweiz müssen Schweizer Löhne bezahlt werden – Nein zum Rahmenabkommen von Bundesrat Cassis

Vor knapp einem Jahr geschah in der Schweiz Unerhörtes. Bundesrat Cassis und Staatssekretär Balzaretto wollten in den Verhandlungen über das Rahmenabkommen wesentliche Teile des Schweizer Lohnschutzes opfern. Gegen den Willen des Gesamtbundesrates. Denn der Bundesrat hatte klar beschlossen: Der Lohnschutz darf nicht verhandelt werden.

Dabei geht es um mehr als um die 8-Tage-Regel und um die Kauttionen. Es geht um den Lohnschutz insgesamt. Es geht darum, ob wir Dumping mit unseren Gesamtarbeitsverträgen konsequent bekämpfen können. Das ist mit dem vorliegenden Rahmenabkommen in Gefahr. Weil der Europäische Gerichtshof und die EU-Kommission bei unseren flankierenden Massnahmen und bei der Durchsetzung unserer Gesamtarbeitsverträge mitreden können. Der Marktzugang der Firmen ist dem EuGH und der EU-Kommission grundsätzlich wichtiger als der Schutz der Löhne. Sie haben die flankierenden im Verdacht, dass sie den Marktzugang der Firmen behindern. Einen Abbau des Lohnschutzes können wir nicht akzeptieren.

Der Kampf für Lohnschutz und gerechte Löhne beschäftigt nicht nur uns, sondern die Gewerkschaften in ganz Europa. Die europäischen Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen fordern uns mit Briefen auf, bei den FlAM nicht nachzugeben. Weil der Lohnschutz in Europa besser werden muss. Die Arbeiter der deutschen und polnischen Firmen haben unsere Baustellenkontrollen gern. Wenn die Kontrolleure kommen, fragen sie: „Könnt ihr uns kontrollieren? Auch wir brauchen einen Schweizer Lohn in der Schweiz“.

Wie wichtig der Lohnschutz ist, zeigt der Brexit: Die britischen Gewerkschaften hatten vor Jahren verschlafen, flankierende Massnahmen zu fordern. Es brauchte viele Dumpingfälle und wilde Streiks der betroffenen Bauarbeiter, bis sie erwachten. Doch dann war es zu spät. Viele Búezerrinnen und Búezzer sahen in der EU nur noch die Nachteile und stimmten für den Brexit.

In der Schweiz sind wir viel weiter. Dank uns Gewerkschaften gehört unser Lohnschutz zu den besten in ganz Europa. „In der Schweiz müssen Schweizer Löhne bezahlt werden“. Das forderten wir vor 20 Jahren. Und das fordern wir auch heute.

Dank guten Gesamtarbeitsverträgen, dank rund 40'000 Lohnkontrollen, aber auch dank dem Einsatz von euch Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in den Betrieben. Und dank unse-

ren Lohn- und Mindestlohnkampagnen. Wir können zum Beispiel stolz darauf sein, dass die Tiefelöhne in der Schweiz stärker gestiegen sind als fast überall sonst in Europa. Obwohl sich der Franken in der gleichen Zeit massiv aufgewertet hat.

Kaufkraftprobleme in der reichen Schweiz

Länder mit starken Gewerkschaften und guten Gesamtarbeitsverträgen haben deutlich weniger soziale Probleme. Paradebeispiel sind die nordischen Länder. Auf der anderen Seite stehen beispielsweise die USA. Hier wurden die Gewerkschaften ab Ende der 1970er Jahre auch mithilfe der neoliberalen Regierung Reagan bekämpft. Das reiche Land hat heute enorme soziale Probleme. Wusstet ihr, dass 14 Prozent der US-AmerikanerInnen heute auf finanzielle Unterstützung beim Kauf von Lebensmitteln angewiesen sind?

In der Schweiz haben wir Gewerkschaften vieles erreicht. Doch auch hier hat der Druck auf Löhne und Kaufkraft in den letzten Jahren zugenommen. In den Lohnverhandlungen sind wir mit einer neuen Härte der Arbeitgeber konfrontiert. Sie wollen teilweise nicht einmal mehr den Teuerungsausgleich geben. Die Reallöhne sind im letzten Jahr sogar gesunken. Gleichzeitig sind die Abzockerlöhne in den Banken wieder auf dem Niveau vor der Finanzkrise. Mittlerweile findet sogar die NZZ, dass die Ermottis „in der Realität“ ankommen sollen.

Für den Maler oder die Lehrerin ist das unverständlich. Ihr Lohn stagniert. Die Krankenkassenprämien und die Mieten hingegen steigen und steigen. Viele Familien und Alleinstehende fragen sich mittlerweile verzweifelt: Wie können wir unsere Rechnungen noch bezahlen?

Die Lösung liegt auf der Hand. Es braucht eine deutliche Lohnerhöhung für alle. Und: niemand soll mehr als 10 Prozent des Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben müssen. Darum unterstützen wir die wichtige Volksinitiative der SP.

Rentenprobleme spitzen sich zu

Auch bei den Pensionskassen spitzt sich die Situation zu. Wir zahlen immer höhere Beiträge. Trotzdem gibt es immer weniger Rente. Weil die Zinsen sehr tief sind. Und weil die Banken und Versicherungen mit der 2. Säule Geld verdienen. Hauptleidtragende sind aber nicht die Jungen, wie von den Banken immer wieder behauptet wird. Sondern es sind die ArbeiterInnen und Angestellten ab Alter 55. Sie zahlen am meisten in die Pensionskassen ein. Und sie werden am stärksten von den stark gesunkenen Umwandlungssätzen betroffen sein.

Dabei sind die Altersrenten schon heute alles andere als fürstlich. Vielen ist das gar nicht bewusst. Die Maximalrente aus AHV und aus der obligatorischen 2. Säule für Alleinstehende liegt bei 4345 Fr./Mt. (Maximum!). Tatsächlich sind die durchschnittlichen Renten noch tiefer, nämlich bei rund 3670 Fr./Mt. (HABE 2014). Besonders wenig Rente haben Frauen. Sie müssen in der reichen Schweiz im Mittel mit rund 3000 Fr./Mt. über die Runden kommen. Doch statt diese Rentenprobleme zu lösen, will der Bundesrat lieber das Frauenrentenalter erhöhen.

Wir Gewerkschaften haben unsere Antwort am letzten Kongress beschlossen. Wir lancieren eine Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente. Die AHV hat für die Normalverdienenden und insbesondere für die Frauen das beste Preis-Leistungsverhältnis. Weil auch die Ermottis mit ihren überrisse-

nen Löhnen voll AHV-Beiträge zahlen und dennoch nicht mehr als die Maximalrente erhalten. Und weil auch die Arbeitgeber über Lohnbeiträge die AHV mitfinanzieren.

Schwierige Einkommenssituation vieler Frauen

Der grosse gewerkschaftliche Einsatz für bessere Frauenlöhne in den letzten Jahren hat sich gelohnt. Die Frauenlöhne haben aufgeholt. Wegen dem Kampf für wirksame Lohnkontrollen und den Mindestlohnkampagnen. Doch es gibt noch viel zu tun. Mehr als die Hälfte der berufstätigen Frauen verdient netto weniger als 4000 Fr./Mt. Besonders schwierig ist die Lage der Frauen im Verkauf oder ähnlichen Dienstleistungsberufen. Eine Verkäuferin (Median 3200 Fr./Mt.), verdient nur rund die Hälfte ihres Durchschnittskunden (Haushalteinkommen von Alleinstehenden gemäss HABE 2014: 6258 Fr./Mt.). Der Frauenstreik vom 14. Juni kommt zur richtigen Zeit. Die Lage der Frauen muss sich rasch verbessern.

Forderungen zur Verbesserung der Lage der Arbeitnehmenden

Der Wohlstand in der Schweiz wird von den Berufstätigen erarbeitet. Darum muss er auch bei ihnen ankommen:

- Wir lehnen ein Rahmenabkommen ab, welches den Lohnschutz gefährdet. In der Schweiz müssen Schweizer Löhne bezahlt werden.
- Wir fordern spürbare Lohnerhöhungen - insbesondere für langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für Berufsleute mit Lehre.
- Wir unterstützen die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP. Damit die Krankenkassenprämien für alle tragbar sind.
- Wir fordern Massnahmen zur Verbesserung bei der Einkommenssituation der Frauen.
- Wir fordern eine 13. AHV-Rente. Die AHV hat für tiefe und mittlere Einkommen das beste Preis-Leistungsverhältnis.

Wir Gewerkschaften haben die Sozial- und Wirtschaftspolitik wesentlich geprägt. Und wir müssen sie weiter prägen. In der Schweiz, aber auch in der EU – zusammen mit unseren Kolleginnen und Kollegen im Ausland. Damit die Früchte der Arbeit gerecht verteilt sind. Damit wir mehr zum Leben haben!

Ich wünsche euch einen schönen ersten Mai!